

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 536

Jahrgang 212

Bezugspreis: für halbes und vollständige Quartale monatlich M. 2,00, vierteljährlich M. 6,00, jährlich M. 24,00. Durch die Post bezogen monatlich postal, Belegloz. **Abbestellungsfrist:** 15 Tage vor Ablauf des Quartals. **Abbestellungsfrist:** 15 Tage vor Ablauf des Quartals. **Abbestellungsfrist:** 15 Tage vor Ablauf des Quartals.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 29. Oktober

Anzeigenpreis: Die 1. Spalte 30 und 2. Spalte 20 pro Zeile. **Gründungsbeitrag:** 100 Mark. **Gründungsbeitrag:** 100 Mark. **Gründungsbeitrag:** 100 Mark.

Neueste Tagesnachrichten

- Die Reichsfinanzverwaltung wurde gestern vom Staatsrat der Nationalversammlung in zweiter Sitzung angenommen.
- Der englische Schatzkanzler hat festgestellt, daß das Finanzjahr mit einem Defizit von 473 Millionen Pfund abgeschlossen ist.
- Eine Entente-Kommission ist in Danzig eingetroffen, um mit den militärischen Stellen Rührung zu nehmen.
- Japan wird nimmermehr seine kaiserlichen Truppen aus Sibirien zurückziehen, falls Rußland dieses wünschen sollte.
- Dem „New-York Herald“ zufolge werden in dem Collieries-Prozess mehrere deutsche Politiker als Zeugen benannt werden.
- 500 Deutsche aus der Tschechoslowakei sind in Bismarck angekommen, 600 Deutsche, die aus Australien ausgewiesen wurden, befinden sich auf der Rückreise nach Deutschland.

35 Milliarden Seeschaden

Wahrscheinlich Opfer der U-Bootsangriffe sind 35 Milliarden Reichsmark. (Eigene Schätzungen der U-Bootskommission.)

Der Kampf um den Völkerverbund

Die „Times“ meldet aus Washington, daß zum ersten Male seit Beginn der Senatsdebatten einflußreichere Mitglieder des Senats sich für einen Vorstoß vorzuschlagen bereit erklärt haben. Der Senat hat sich für einen Vorstoß vorzuschlagen bereit erklärt haben. Der Senat hat sich für einen Vorstoß vorzuschlagen bereit erklärt haben.

Englisch-französische Freundschaft

Im Unterhaus hat Lord Curzon am 26. Oktober bezüglich des Vorschlags für eine Freundschaft zwischen England und Frankreich gesprochen. Er hat sich für eine Freundschaft zwischen England und Frankreich ausgesprochen. Er hat sich für eine Freundschaft zwischen England und Frankreich ausgesprochen.

Heiße Kämpfe in Rußland

Die „Times“ meldet aus Moskau, daß die Kämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen in Rußland weitergehen. Die Kämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen in Rußland weitergehen. Die Kämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen in Rußland weitergehen.

wurde besetzt, wobei 500 Gefangene gemacht wurden. Ein britischer Offizier wurde getötet, einige weitere wurden verwundet. Die britischen Truppen sind weiter vorgedrungen. Die britischen Truppen sind weiter vorgedrungen.

Das baltische Offizierskorps hat sich in Estland aufgelöst. Die Offiziere haben sich für die Unabhängigkeit Estlands ausgesprochen. Die Offiziere haben sich für die Unabhängigkeit Estlands ausgesprochen.

Die Warschauer Wälder haben sich für die Unabhängigkeit Polens ausgesprochen. Die Wälder haben sich für die Unabhängigkeit Polens ausgesprochen. Die Wälder haben sich für die Unabhängigkeit Polens ausgesprochen.

Die französische Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Belgiens ausgesprochen. Die Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Belgiens ausgesprochen. Die Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Belgiens ausgesprochen.

Englands hohe Schulden

Der Staatsschatz hat sich für die Unabhängigkeit Englands ausgesprochen. Der Staatsschatz hat sich für die Unabhängigkeit Englands ausgesprochen. Der Staatsschatz hat sich für die Unabhängigkeit Englands ausgesprochen.

Die deutsche Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen. Die Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen. Die Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen.

Auf der Suche nach Schuldgründen

Die deutsche Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen. Die Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen. Die Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen.

Der deutsch-polnische Vertrag

Die deutsche Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen. Die Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen. Die Regierung hat sich für die Unabhängigkeit Deutschlands ausgesprochen.

Zur Bilanz der Revolution

Entsprechend dem Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, also im wesentlichen derselben Überzeugung, die heute am Regierungstisch sitzen, rufen sich die Sozialisten, soweit sie der alten Partei noch angehören, zur Feier des „Aberlebens“ 9. November. Die erste Wiederkehr des Jahrestages der „herrlichen Revolution“ soll ihnen zugleich den Anlaß geben, die Bilanz der Revolution zu ziehen. Die „Haupterrungenschaft“ derselben werden sie dabei allerdings wohl mit beschränktem Schwelme maßlos überheben — den Frieden. Es heißt das freilich die Bilanz falschen. Denn vor einem Jahre haben die Sozialdemokratenführer, allen voran Genosse Scheidemann, ja höchst selbstbewußt gerühmt, den ersehnten Frieden werde das Volk den Sozialdemokraten und nur ihnen „verdanken“. Und das Mittel, mit dem sie ihn erzwingen wollten und erzwingen haben, war eben die Revolution. Was in der ersten Zeit nach dem November-Umsturz sprachen die Sozialdemokraten noch gern von „ihrem“ Frieden, der selbstverständlich ein Frieden der Gerechtigkeit und Völkerverbrüderung sein würde, und auch, was vielen von den Genossen fast noch wichtiger erschien, ein Frieden guter, billiger Versorgung mit allem, was man entbehren konnte. Monat auf Monat, Vierteljahr auf Vierteljahr aber berging, und diese dem Volke gemachten Hoffnungen erwiesen sich immer mehr als Trugbilder. Schon fragte man lange, ob wir überhaupt bis zu diesem 9. November den Frieden haben würden; denn es wäre für die sozialdemokratischen Friedensapostel doch die größte Blamage, wenn sie ihr Revolutionsjubiläum feiern müßten, ohne daß die Haupterrungenschaft der Revolution unter Dach ist. Und tatsächlich zeigen die Feinde ihre Mächtigkeit unserer Revolutionsregierung offensichtlich damit, daß sie den Eintritt des Friedenszustandes bis über den 9. November, ja bis über den Jahrestag der Waffenstillstandsunterzeichnung hinauszögern. Für Frankreich sogar ist der 24. Oktober als dieser Tag festgesetzt, unter sozialistische Regierung aber läßt man geduldet noch länger vor der Tür stehen, trotzdem die Festlegung dieses Zeitpunktes doch für mancherlei Rechtfertigungsmöglichkeiten von erheblicher Bedeutung ist. Im allgemeinen allerdings ist dieser Friede in seinen Folgen, die sich immer mehr zeigen werden, schämer und verächtlicher als der Krieg. Es ist überhaupt kein Friede, sondern nichts als eine Fortsetzung des Vernichtungskrieges der Feinde gegen das deutsche Volk, nur mit anderen Waffen und dem Hauptmittelschiff, das wir, durch die Revolution verlor, und ersetzt durch die sozialdemokratischen Vorkriegs- und Kriegsmittelschiffe, also über uns ergehen lassen müssen und die Feinde dementsprechend immer übermächtiger und brutaler werden. So also steht der Frieden der Gerechtigkeit und Völkerverbrüderung aus, den die Sozialdemokraten uns durch die Novemberrevolution erungen haben! Ihre eigenen Parteiführer und Freunde, die Mitglieder der heutigen Regierung brechen ja immer häufiger in wahre Verzweiflungsschreie aus, wenn sie die ganze Tiefe des Glanzes erkennen, in das sie uns doch selbst mit hineingelassen haben. So sammerte dieser Lage im Sozialdemokratischen Parteivorstande der preussische Finanzminister Scheidemann: Durch den Friedensvertrag sei eine Substanzverlust der Einkünfte in den nächsten Jahren der Fiskus der Arbeiterklasse und der ganzen Volksmasse radikal ausgetilgt; alle Schulden des Reiches seien ausgelöst, denn wir sind zur vollständigen Kulturlosigkeit und Verblödung verdammt. Und der Reichsstaatsminister Dr. Weyer rief, als er den Leberbüch über die geradezu ungeheuerlichen Summen gehen mußte, die allein schon die feindlichen Besatzungstruppen und Überwachungskommissionen erpressen: „Das ist unerträglich! Das ist nicht zu ertragen! Die Fortsetzung dieses Gebahrens wäre ein Substanzverlust der Einkünfte, die schließlich wieder selbst in die Hände der Arbeiterklasse fallen würden, wenn sie verloren, wenn es uns nicht gelänge, in kürzester Zeit den Friedensvertrag von uns abzuwickeln. Wir müssen alles hinter uns werfen, um die eine Frage zu lösen: Wie werden wir von diesen Elfenbeintürmen retten?“ Ohne Zweifel hat der Finanzminister damit vollkommen recht. Nur wird er selbst schwerlich die Antwort auf diese furchtbare Sozialfrage geben können. Oder soll vielleicht die Leberbüch, die die Revolutionsregierung zur Feier des 9. November für das deutsche Volk bereitstellt, in der Bilanz der Frage liegen: Wie werden wir aus dem tödlichen Bann des Friedens mit der Freiheit, den wir der Sozialdemokratie und ihrer „Aberlebens“ Revolution „verdanken“?

Gefinnungsschnüfzelei

Die Sozialdemokratie hat früher allem ein großes Gewicht erhaben, wenn sie glaubte, irgend ein übermäßiges Interesse für die politische Gefinnung des Einzelnen feststellen zu müssen oder Anlaß zu haben, ohne Gefinnungszwang zu flüchten. Wie sie selbst, seit sie herrschende Partei ist, die Dinge ansieht, davon ist in der Öffentlichkeit schon genug die Rede gewesen. Ein besonders kraffer Fall wird uns aus September in der Revue berichtet. Dort soll die öffentliche Feier des Revolutionsjubiläumestages dazu benutzt worden sein, die Gefinnung der gesamten städtischen Beamtenschaft einer Probe zu unterwerfen. Die sozialdemokratische Stadtbürgerordenstrafkammer erklärte nämlich, sie nehme als selbstverständlich an, daß sich auf der von der Sozialdemokratie veranstalteten Revolutionsfeier, bei der sich auch der neue sozialdemokratische Landrat vorzusehen gedenke, außer dem Magistrat und dem Stadtbürgerordenkollegium sämtliche städtischen Beamten und die Beherrenhaft der Wölfe, und höheren Schulen beteiligen werden. Auf den Hinweis von Bürgerlicher Seite, daß es früher nicht üblich gewesen sei, die Beamten einer öffentlichen Kundgebung ihrer Gefinnung zu verurteilen, erwiderte der sozialdemokratische Stellvertreter Stadtbürgerordenvorsteher: die neue Regierung könne verlangen, daß sich alle Beamten zur Republik bekennen, und wenn sie nicht könne, der könne anderwärts sein Brot finden. Man stelle sich vor, welcher Saum sich im alten Deutschland erhoben hätte, wenn entsprechende Standpunkte von rechtscherrlicher Seite vertreten worden wären, wenn etwa ein Landrat seine Amtstritte auf eine konfessionellen Parteierammlung gehalten hätte. Heute gehören diese Dinge für die Sozialdemokratie einfach zu den Selbstverständlichkeiten; und wer sich über sie wundert, paßt eben nicht in die neue Zeit. Es ist zweifellos an bemerksenswerter „Schriftlichkeit“, den wir in dieser Beziehung gemacht haben.

Unter zukünftiges Offizierkorps

In einer der Nationalversammlung ausgegangenen Denkschrift, die sich mit der Organisation unseres zukünftigen Heeres befaßt, wird über die innere Gliederung des Offizierkorps gesagt: Das Verhältnis der Dienstgrade zueinander soll in diesem Offizierkorps in den Dienstjahren das gleiche sein wie in dem der Offiziere der anderen drei Wehrmachtsteile. Die Beförderungsaussicht für den einzelnen zu rechnen ist nicht. Prozentual bemerkt wird die Zahl der Leutnants, wozu in einem Heere, dessen Unteroffiziere und Mannschaften tendenziöse Verhältnisse sind, die Zahl der Offiziere als Unteroffizier weniger groß sein muß, und weil andererseits eine längere Durchlaufzeit für die zukünftigen Offiziere notwendig ist. Es sind hierfür 3-4 Jahre in Aussicht genommen. Zur Offiziersaufbahn werden alle freiwilligen Militärs zugelassen, die die militärischen und politischen Bedingungen der Beförderung erfüllen. Jede Offiziersaufbahn soll fortgeführt werden, die die militärischen und politischen Bedingungen der Beförderung erfüllen.

Heer und Marine im Ausschuss

Der Ausschussauskunft der Nationalversammlung über die Beratung des Etats des Reichswehrministeriums fort. Der gestern erwähnte deutungsnationale Antrag wurde abgelehnt, dagegen wurde ein demokratischer Antrag gegen die Stimme der Reichsnationalen angenommen. Demnach soll das Reichswehrministerium der Beförderung für Unteroffiziere angemessen erhöht werden. Es soll höher geprüft werden, ob die Gehaltsklasse der Offiziere und Mannschaften den heutigen Verhältnissen entsprechen, und ob es gegebenenfalls erhöht werden müßte. Die Beförderung und Beförderung soll revidiert werden. Von aus der Gefinnungsaussicht zurückzuführen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften werden nach dem Antrag Stellen in der Reichswehr freigehalten. Dem soll festgelegt werden, welche Stellen in Heer und Marine den Angehörigen nach ihrer Dienstzeit offen stehen. — Der Etat des Reichswehrministeriums wurde bewilligt. Bei der folgenden Beratung des Marineetat's betonte der Chef der Admiralität Traub, daß wir durch den schmählichen Frieden gewonnen seien, eine ganze Anzahl von Beamtenden der alten Marine befristeten. Es ist es jetzt als eine Notwendigkeit an, auf unsere Stellen, um noch ver-

weibenden Marine das Höchstmaß von militärischer Leistungsfähigkeit herauszufinden. Reichswehrminister Postle bemerkte zu Ausführungen des Abgeordneten Gieseler (Soz.): Die Admiralität hat die Admiralität in der Marine nicht genügend zu ihren Rechten kommen lassen. In unangenehmer Weise könne jedermann seine Wünsche und Ansprüche zum Ausdruck bringen. Wenn irgend eine Gruppe den Wunsch habe, mit dem Chef der Admiralität oder dem Minister selbst zu verhandeln, so sei ihr die Möglichkeit dazu gegeben. — Abg. Dr. Winterstein (D. Fr.) wünschte, daß an die Spitze der großen Abteilung ein Techniker gestellt werde und daß die großen Erfahrungen der Torpedooffiziere unserer Marine nicht verloren gehen dürften. Der Chef der Admiralität erwiderte, daß an der Spitze der technischen Abteilung ein Techniker stehe. Der Reichswehrminister Postle bemerkte, daß im Heer und in der Marine eine ganze Anzahl von Persönlichkeiten aus dem Mannschafstande an Offizieren befördert seien. — Ein Antrag Traub wurde angenommen, wonach die nicht militärisch-technischen Beamten, die vor dem 1. August 1914 schon befördert waren, hinsichtlich ihrer Lehrtätigkeit an anderen Behörden und der eb. Stellung auf Wartegeld in den planmäßig angelegten Beamtenden gleich behandelt werden. Der Marineetat wurde bewilligt.

Die teure Nationalversammlung

In einem Gefinnungsetat zum Etat des Reichsdat's werden gefordert 5 Millionen Mark als Aufwandsausgaben für die Mitglieder der Nationalversammlung. 1800000 Mark zur Vertretung der entsprechenden Ausgaben der Regierung, 3000000 Mark zur Vertretung der Regierung, 1000000 Mark für die Vertretung eines Teils der Unternehmungen außerhalb des Reichsdat's und Entschädigungen der Abgeordneten und Jugend, ferner 1000000 Mark Reichsdat's für die Vertretung infolge Einführung des Reichsdat's und 1000000 Mark für die Vertretung der Regierung der Papierpreise und der Preise für Eisenarbeiten.

Englische Angst um den Kaiser

„Telegraph“ meldet aus London: In der letzten Sitzung des Unterhauses wurde gegenwärtig die Besorgnis über die Lage der Kaiserin und des Kaisers und des Kronprinzen getrieben wurden. Darnach antwortete, die britische Regierung wisse zwar nicht genau, welche die Wahrscheinlichkeit der Kaiserin seien, aber seien keine Grund, zu besorgnis, daß die Kaiserin irgendwelche Gefahr laufe. — Ein weiterer Grund der Besorgnis ist die Nachricht, daß die Kaiserin in der letzten Sitzung des Reichstages mit Deutschland wisse, antwortete Darnach, daß die englische Regierung nicht darüber beunruhigt sei.

Wiedererwachen im Eliaß

In der ersten Generalversammlung des Eliaß wurden die Besorgnisse über die Lage der Kaiserin und des Kaisers und des Kronprinzen getrieben wurden. Darnach antwortete, die britische Regierung wisse zwar nicht genau, welche die Wahrscheinlichkeit der Kaiserin seien, aber seien keine Grund, zu besorgnis, daß die Kaiserin irgendwelche Gefahr laufe. — Ein weiterer Grund der Besorgnis ist die Nachricht, daß die Kaiserin in der letzten Sitzung des Reichstages mit Deutschland wisse, antwortete Darnach, daß die englische Regierung nicht darüber beunruhigt sei.

Der erste Dampfer nach Japan

Der Dampfer „Aurora“ von der Hamburg-Bremer-Afrika-Linie wird am 2. Oktober nach Japan abgehen, um die Kaiserin und den Kronprinzen zu befördern. Der Dampfer wird die Kaiserin und den Kronprinzen zu befördern. Der Dampfer wird die Kaiserin und den Kronprinzen zu befördern.

Wie ungarische Räte regieren

Die in den letzten Tagen, befinden sich unter den deutschen Reichswehrministern zwei Minister für die Kaiserin und den Kronprinzen. Die in den letzten Tagen, befinden sich unter den deutschen Reichswehrministern zwei Minister für die Kaiserin und den Kronprinzen.

Ein verkehrter amerikanischer Staatsbürger, Dr. Patti, hat beim Verhör erzählt, daß Bela Kun in der Tat ein revolutionärer Führer war und daß er in der Tat ein revolutionärer Führer war.

Verloren Wissenschaft

Der einige Zeit ging durch die medizinischen Kreise folgende Notiz: Die Militärärzte an den Fronten Frankreichs hatten bei ihrer vorgelegten Arbeit im Gebiete eingedrückt um Gleichstellung im Gehalt mit den Cheurufen der Klinik. Dieses Gehalt wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Arbeit der Militärsärzte einseitig und aufreibend sei, daß sie einen höheren Gehalt als die Militärsärzte verdienen würden. Die Militärsärzte antworteten, daß sie einen höheren Gehalt verdienen würden, weil sie einen höheren Gehalt verdienen würden. Die Militärsärzte antworteten, daß sie einen höheren Gehalt verdienen würden, weil sie einen höheren Gehalt verdienen würden.

Die beiden Sildebrand

28) Kriminalroman von Heinrich Liaden. „Merkwürdig, Herr Staatsanwalt, daß ich die Waffe nicht finde“, brummte er, als er an dem alten Herrn vorüberging. „Ohne Zweifel hat der Mörder die Waffe mitgenommen.“ „Hör, meine Herren, bringe ich Ihnen Herrn Oswald Sildebrand vor, der, wie mir gehört haben, die letzte Unterredung mit dem Ermordeten geführt hat und uns vielleicht einige wichtige Aufschlüsse geben kann.“ Gestatten Sie, Herr Sildebrand — Herr Staatsanwalt Doktor Kroll, Herr Untersuchungsrichter Doktor Rudin.“ Die beiden Herren machten eine kleine Verbeugung nach der Richtung hin, wo Oswald stand. Der Untersuchungsrichter nahm nach einem flüchtigen Blick auf den Anführer seine Unterredung wieder auf. Er begann die einzelnen Schulden des großen Mordtats durchzugehen. Ein aufmerksamer Beobachter aber würde vielleicht bemerkt haben, daß seine Aufmerksamkeit geteilt war und daß er hin und wieder ein sehr besorgenes Blick von dem Diktator unter seinen Händen zu Oswald Sildebrand hinüberlag.

schmale Abreise. Hin und wieder aber wird ich verbunden. Dieses Zimmer ist Ihnen nicht unbekannt, mein Herr, nicht? „Ich war heute schon hier.“ „Wann war das?“ „Am letzten Nachmittag.“ „Ich zweifle nicht, daß Sie die genaue Zeit ihres Kommens und Gehens angeben können.“ „Weider kann ich das nicht, da ich keine rechte Verantwortung hatte, mir die Zeit zu merken.“ „Nichtschön, höchst schmerzhaft“, bemerkte der Staatsanwalt. „Der Mensch kann kaum etwas Wichtiges tun, als streng auf seine Zeit zu achten, damit er über jede Minute Rechenschaft ablegen kann.“ „Herr Sildebrand ist schmerzhaft“, bemerkte der Staatsanwalt. „Der Mensch kann kaum etwas Wichtiges tun, als streng auf seine Zeit zu achten, damit er über jede Minute Rechenschaft ablegen kann.“ „Herr Sildebrand ist schmerzhaft“, bemerkte der Staatsanwalt. „Der Mensch kann kaum etwas Wichtiges tun, als streng auf seine Zeit zu achten, damit er über jede Minute Rechenschaft ablegen kann.“

„Ja, Herr Sildebrand, wir werden Sie wohl in Untersuchung nehmen müssen. Brach er herantretend.“ „So habe das schon erwartet“, bemerkte Oswald ruhig. „So — ermortet? Warum?“ „Aus den Fragen des Herrn Polizeiführer ist mir deutlich genug herausgegangen, daß ein unvollständiger Fall mit diesem grauenhaften Verbrechen in Verbindung gebracht hat. Ich bin vernünftig genug, einzusehen, daß Sie kaum anders können, als mich zu verhaften.“ „In der Tat, sehr vernünftig. Sie haben also nicht die Absicht, sich zu widersetzen?“ „Zu widersehen? Herr Untersuchungsrichter, ich würde mich nur bedanken.“ „Vortrefflich — sehr gut. Wollen Sie sich nicht bei Tolen etwas genauer ansehen? Sie sind ja fast der letzte Mann mit Ausnahme des Wörbers — um — der Wörber leben — Er scheint sein Gesicht Ihnen sehr verdächtig.“ „Tadeln darf ich an der Leiche haben. Er war mir innerlich vollkommen unzufrieden. Er erwiderte die gestrichelten von Trauen verzeihen Sie das Tadeln mit künstlerischem Interesse. Es war das erkennbar, daß er einem Menschen ins Gesicht sah, der durch eine Gewalttat mitten auf der Leibe herausgerissen worden war. Die Herführung, die die Leibe sangt und der furchtbare Schreck in den Augen ließ ihm so bekanneten Gesichtes hervorgerufen hatte, war ihm der Gegenstand eines Interesses, das für einen Augenblick alle anderen Gefühle in seiner Seele zurückdrängte. Er merkte gar nicht, mit welcher Spannung die Augen der drei Herren auf ihm ruhten.“ „Nach einer Weile wandte Oswald sich von dem Tadeln ab.“ „Das Gesicht des Ermordeten hat sich freilich nicht verändert, doch ich es kaum wiederzuerkennen.“ (Fortsetzung folgt.)

